

# Pressemitteilung

## Direktion für Kommunikation

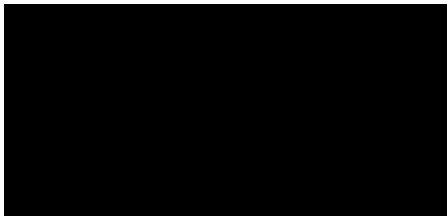
Ref: 712d09

Tel. +33 (0) 3 88 41 25 60

Fax +33 (0) 3 88 41 39 11

Internet: [www.coe.int/de](http://www.coe.int/de)

e-mail: [pressunit@coe.int](mailto:pressunit@coe.int)



### 47 Mitgliedsstaaten

Albanien  
Andorra  
Armenien  
Aserbaidschan  
Belgien  
Bosnien und Herzegowina  
Bulgarien  
Dänemark  
Deutschland  
Estland  
Finnland  
Frankreich  
Georgien  
Griechenland  
Irland  
Island  
Italien  
Kroatien  
Lettland  
Liechtenstein  
Litauen  
Luxemburg  
Malta  
"Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien"  
Moldau  
Monaco  
Montenegro  
Niederlande  
Norwegen  
Österreich  
Polen  
Portugal  
Rumänien  
Russland  
San Marino  
Schweden  
Schweiz  
Serbien  
Slowakei  
Slowenien  
Spanien  
Tschechische Republik  
Türkei  
Ukraine  
Ungarn  
Vereinigtes Königreich  
Zypern

## Versammlung: Die Unabhängigkeit der Justiz stellt die oberste Verteidigungslinie gegenüber der politischen Beeinflussung dar

Straßburg, 30.09.2009 – In einer heute einstimmig verabschiedeten Entschließung hat die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) betont, dass die Unabhängigkeit der Justiz die oberste Verteidigungslinie gegenüber politisch motivierter Beeinflussung des Rechtes darstellt. Damit der Erfolg einer jeglichen Änderung am System gewährleistet ist, empfahl die PACE die Aufrechterhaltung der richtigen Ausgewogenheit zwischen den Parteien, die die volle Unabhängigkeit genießen (Richter, Anwälte der Beklagten) und Staatsanwaltschaft und Polizei.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Deutschland, ALDE), Berichterstatterin der PACE zu diesem Thema, untersuchte in vier Ländern, die die hauptsächlichsten Arten von Systemen für Strafverfahren in Europa repräsentieren, wie Politiker Strafverfahren beeinflussen können, nämlich im Vereinigten Königreich, in Frankreich, Deutschland und der Russischen Föderation, und zwar durch die Analyse von öffentlich bekannten Fällen, wie zum Beispiel die Einstellung der Untersuchungen zum Betrug bei British Aerospace und der Skandal aufgrund des Verkaufs von Titeln im Vereinigten Königreich oder das zweite Gerichtsverfahren gegen Chodorkowskij, die Fälle HSBC/Hermitage Capital und zum Mord an Anna Politkowskaja in der Russischen Föderation.

In ihrer Entschließung fordert die Versammlung deshalb folgende Länder auf:

- **das Vereinigte Königreich** möge die Reform bezüglich der Rolle des Generalstaatsanwaltes (Attorney General) unverzüglich abschließen und damit dessen Verantwortung vor dem Parlament stärken und die vor kurzem beschlossene Kürzung der für Rechtshilfeersuchen verfügbaren Mittel rückgängig machen;
- **Frankreich** möge die vorgeschlagene Abschaffung des Untersuchungsrichters (*juge d'instruction*) überdenken; im Falle der Abschaffung und der Übertragung der Befugnisse dieser Institution auf die Anklagevertretung möge es die Unabhängigkeit der Staatsanwälte stärken;
- **Deutschland** möge ein System der Selbstverwaltung der Justiz einführen, und zwar gemäß der Justizräte (judicial councils), die in den meisten europäischen Staaten vorhanden sind und es möge die Möglichkeit abschaffen, dass Justizminister der Staatsanwaltschaft Anweisungen zu einzelnen Fällen geben;
- **die Russische Föderation** möge eine Reihe von Reformen verabschieden, mit denen der politische und hierarchische Druck auf Richter verringert wird

Wenn Sie unsere Pressemitteilungen per Mail empfangen wollen, wenden Sie sich bitte an: [Council.of.Europe.Press@coe.int](mailto:Council.of.Europe.Press@coe.int)

Der Europarat wurde 1949 mit dem Ziel gegründet, Demokratie und Menschenrechte auf dem ganzen Kontinent zu fördern. Er gibt zudem Antworten auf die sozialen, kulturellen und rechtlichen Herausforderungen, die sich in den 47 Mitgliedsstaaten stellen.

# Pressemitteilung

---

und der Belästigung von Anwälten der Beklagten ein Ende bereiten, um somit den im Land vorhandenen „Nihilismus des Rechts“ zu bekämpfen.